

René Rock

WINDKRAFTANLAGEN ÖKONOMISCH UND KLIMAPOLITISCH SINNLOS

31.03.2017

FDP-VERANSTALTUNG IN BAD NAUHEIM FÜR NEUE ENERGIEPOLITIK DER VERNUNFT

- René Rock, MdL und energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion warnt vor wirtschaftlichen und ökologischen Folgen ideologisch motivierter Windkraftanlagen mitten in Landschaft und Natur
- FDP-Bürgermeisterkandidatin Britta Weber kämpft gegen geplanten Windpark in Gesundheitsstadt Bad Nauheim
- Engagierte Bürger besorgt um Gesundheit und Lebensqualität

BAD NAUHEIM-STEINFURTH – Unter dem Motto "Kein Windpark in Bad Nauheim" hat die FDP am 29. März 2017 auf einer Veranstaltung mit rund 60 Bürgerinnen und Bürgern sich intensiv dem Thema Windkraft und dem Planungsstand der angekündigten Windkraftanlage zwischen Wölfersheim und Bad Nauheim gewidmet.

Unter der Moderation von FDP-Kreisvorsitzendem Jens Jacobi engagierten sich Bürgermeisterkandidatin Britta Weber und Gastredner René Rock, MdL und energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, mit großer Leidenschaft gegen einen rein ideologisch motivierten Bau weiterer Windkraftanlagen in Hessen. Windkraft sei wirtschaftlich und klimapolitisch sinnlos, gefährde die Gesundheit von Mensch und Tier und zerstöre wunderschöne und wertvolle Natur- und Kulturlandschaften.

"Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), ist das **unsozialste** Gesetz, das Deutschland je hatte, es muss umgehend gestoppt werden", forderte Rock. "Es ist die blanke



Umverteilung von unten nach oben, setzt marktwirtschaftliche Mechanismen außer Kraft, fördert durch vom Steuer- und Stromzahler beglichene Subventionen die falschen Energien, verhindert Forschung in vernünftige Energiealternativen wie die Kernfusion, und setzt durch falsche Anreize mit Brachialgewalt Industrieanlagen wie Windräder durch, die in jeder Hinsicht schädlich sind.

Die Fakten sprechen für sich:

1. Technisches Strommanagement bei Wind- und Solarenergie nicht beherrschbar

Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken liefern Wind und Sonne schwankende Energiemengen. Es fehlen aber Speichertechnologien, überschüssiger Strom muss für viel Geld ins Ausland abgegeben werden, für den oft fehlenden Strom werden alte abgeschriebene Kraftwerke aktiv gehalten.

2. Hohe Kosten durch Subventionen führen zu einer Umverteilung von unten nach oben

Das EEG ist unsozial! Windkraftbetreiber bekommen fixe, hohe Vergütungen, unabhängig davon, ob der produzierte Strom benötigt wird oder nicht. Durch die Stromrechnung müssen alle Bürger, vom Sozialhilfeempfänger über den Rentner bis zum mittelständischen Betrieb die Subventionen für kapitalstarke Ökoinvestoren aufbringen.

3. Kein Beitrag zum Klimaschutz und technische Ineffizienz

Durch den Ausbau der Windkraft wird insgesamt für das Weltklima bzw. in Europa keine einzige Tonne CO2 eingespart. Durch den gemeinsamen europäischen CO2-Zertifikatehan-del können einfach nur andere Länder mehr CO2 ausstoßen. Zudem setzt die Subventionierung nützliche Marktmechanismen außer Kraft. Moderne umweltfreundliche Gas- und Kohlekraftwerke wurden still gelegt, weil sie sich durch die Subventionierung von Sonne und Wind nicht mehr rechnen. Abgeschriebene konventionelle Kraftwerke hingegen bleiben als Back-up am Netz.

4. Windkraft zerstört Landschaft und Natur

Hessen ist ein waldreiches Land, geprägt von Mittelgebirgen und über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaften, die auch für den Tourismus von Bedeutung sind. Mit der von der Schwarz-Grünen Landesregierung angekündigten Verdreifachung von Windkraftanlagen wird sich das Landschaftsbild grundlegend ändern. Negative



Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen, den Tourismus oder fallende Grundstücks- und Immobilienpreise müssen dringend angesprochen werden.

5. Windkraft gefährdet Gesundheit von Mensch und Tier

Windkraftanlagen greifen großflächig in die Lebensräume von Flora und Fauna, insbesondere von Vögeln ein. Über die gesundheitlichen Risiken für den Menschen haben sich Bundes- und Landesregierung trotz 29.000 Anlagen in Deutschland noch keine Gedanken gemacht. Aufgrund der geringen Abstandsgrenzen fühlen sich viele Menschen bei Schlaf und allgemeinem Wohlbefinden eingeschränkt. Die Ausbreitung von niederfrequenten Schallwellen (Infraschall) kann Experten zufolge jedoch ein großes Belastungspotential darstellen.

Deshalb fordere ich:

Lassen Sie uns eine andere Energiepolitik machen, die Mensch, Tier und Umwelt wirklich schützt, marktwirtschaftlich die beste Lösung darstellt und vor allem an neuen Technologien wie der Kernfusion forscht. Die FDP setzt sich für Marktwirtschaft im Klimaschutz, eine europäische Energiepolitik und einen Fokus auf Energiespeicherung ein. Wir wollen den Zwang aufheben, 2 % der Landesfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, wir fordern größere Abstandsgrenzen zur Windkraft (H10-Gesetz), die Achtung des Bürgerwillens mit einem Vetorecht für Gemeinden, den Schutz von Natur, Landschaft und Kulturgütern sowie neutrale Gutachten statt Gefälligkeitsgutachten für Investoren. Mit der Bürgerinitiative "Gegenwind Wetterau" vor Ort und auch mit Ihrer Wahlstimme bei Bundestags- und Landtagswahlen können Sie ganz klar Farbe bekennen und sich für Ihre Heimat einsetzen", sagte Rock.

Bürgermeisterkandidatin Britta Weber wies in der Diskussion mit den Bürgern darauf hin, dass die konkrete Planung der 3 – 5 Windkraftanlagen in der Nähe von Bad Nauheim bei den Einwohnern noch gar nicht richtig angekommen sei. "Ich werde mich voll und ganz dafür einsetzen, dass es hier, in der Gesundheitsstadt Bad Nauheim mit ihren Touristen, Kurgästen und Patienten, keinen Windpark geben wird", sagte Weber. "Die Gelassenheit der anderen Parteien kann ich nicht nachvollziehen. Ich werde mich nicht darauf verlassen, dass die Flugsicherung uns dank des Frankfurter Flughafens rettet. Es gibt auch Windräder, die für den Radar kein Problem darstellen."

"Ich werde als Bürgermeisterin alles Mögliche tun, von der Information von Bürgern und Grundbesitzern bis zur Frage nach Wegerechten für die Investoren, um Windkraftanlagen



in unserer Heimat zu verhindern. Wir können in den Ortsbeiräten Druck machen. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Stadtwerke diesen Strom ja gar nicht erhalten. Er fließt einfach ins Netz und stellt für die Stromerzeuger völlig unabhängig von Sinn und Nutzen eine garantierte Einnahmequelle dar. Die FDP macht hier nicht mit. Jedes neue Windrad ist eines zu viel. Wir brauchen neue Techniken, eine andere Forschung, eine Rückkehr zu Angebot und Nachfrage, zum Schutz unserer Heimat ohne Ideologie und staatlicher Bevormundung", unterstrich Weber.